



## Hintergrund-Informationen aus Umwelt, Wirtschaft und Finanzen Geld- und Ökotipps

[Umwelt Infos](#), [Umwelt Beratung](#), [Umwelt Wirtschaft](#), [Umwelt Finanzen](#), [Umwelt Management](#), [Umwelttipps](#), [Umweltfonds](#), [Umwelt](#)

### Umwelt-Index März 2003

- + [Umwelt-Technologie: Wasserstoff, Brennstoffzellen, Wasserkraft, Windkraft etc.](#)
- + [VW macht Umwelt-Rückzieher](#)
- + [Ethikfonds](#)
- + [Industrieverbände wollen Ökostrom-Gesetz aushebeln](#)
- + [Erfolg für die Indianer im Süden Ecuadors](#)
- + [Tropenholz aus Malaysia](#)
- + [Precious Woods kauft weiteren Wald in Brasilien](#)
- + [Initiative zum Schutz der Wälder](#)
- + [Zur Öl- und Irak-Krise](#)
- + [Definition "Schurkenstaat"](#)
- + [Das "alte Europa", die "Vereinigten Schurkenstaaten" und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft](#)
- + [Flugbenzin-Besteuerung](#)
- + [Diesel raus!](#)
- + [Der wichtigste Preis der Welt](#)
- + [Die USA auf dem Weg zum Polizeistaat](#)
- + [BP und der Irak: Wie sich "Blair Petroleum" für den Krieg rüstet](#)
- + [Wer gegen den Krieg ist, muss Tankstellen boykottieren](#)
- + [Partner von BP unter Verdacht der Geldwäsche und Steuerhinterziehung](#)
- + [Umwelt - die Alternativen](#)
- + [Bombardiert Bush](#)
- + [Wasser wird bald wie Öl gehandelt](#)
- + [DIW: Bundesregierung wird ihr CO2-Reduktionsziel verfehlen](#)
- + [Denkanstöße für eine umweltverträgliche Politik auf wissenschaftlicher Basis](#)
- + [Der Verkehrsinfarkt droht](#)
- + [SUV - Unsägliche Vehikel](#)
- + [Dioxin: Vorsicht bei Schweinefleisch](#)
- + [Verfahren gegen Töchter von RWE und E.on](#)
- + [Buchtipps: Wasser - das Öl der Zukunft](#)
- + [Statistik: US-Bomben](#)
- + [Werbung und Ressourcenverschleiß](#)
- + [Finanziellen Schutz vor den Folgen des Klimawandels können Versicherungen nicht allein gewährleisten](#)
- + [Umwelt-Termine](#)
- + [Doch nur wenig "Teuro"?](#)
- + [VCD-Lärm-Aktions-Koffer für den Einsatz im Unterricht](#)
- + [Nein zu GATS \(WTO\)](#)
- + **PS:** [Dosenpfand ist hilfreich](#)

## Umwelt-Technologie:

Um es zu überleben, müssen wir im 21. Jahrhundert unseren Energieverbrauch in dem Maße durch Erneuerbare Energien ersetzen, wie er im 19. und 20. Jahrhundert entstanden ist. Wenn wir unsere natürlichen Energien nicht nutzen, so ist das nur auf einen Intelligenzmangel unserer Spezies zurückzuführen.

**Idealtechnologien nutzen Ressourcen, die unbegrenzt verfügbar sind, bei ihrer Nutzung nicht verschleifen, die regenerierbar sind und nach deren Nutzung keine negativen Folgeeffekte auftreten.**

### Automobile sicherer mit Wasserstoff

Trotz seiner hohen Explosivität in Verbindung mit Luft ist Wasserstoff im Autotank nicht unbedingt gefährlicher als Benzin; im Gegenteil: Er bietet sogar einige Sicherheitsvorteile.

Das haben Forscher um Michael Swain von der University of Miami mit einem spektakulären Test gezeigt. Die Techniker setzten zwei Autos in Brand, von denen eines mit Benzintank, das andere mit Wasserstoff-Drucktank ausgestattet war. In die Benzin- beziehungsweise Wasserstoffleitung hatten die Forscher vor dem Experiment jeweils ein kleines Loch gebohrt.

Beide Autos fingen erwartungsgemäß Feuer. **Während jedoch der Benziner nach 60 Sekunden lichterloh in Flammen stand, blieb das Wasserstoffauto weitgehend unversehrt.** Nur eine gewaltige Stichflamme schoss nach oben, erlosch aber bald darauf wieder.

<http://www.spiegel.de/spiegel/0,1518,234827,00.html>

### Hyping hydrogen

**"America can lead the world in developing clean, hydrogen-powered automobiles."** President Bush says his proposal to fund fuel cell research will clean up our air and reduce dependence on foreign oil -- in the future. But right now, he's doing nothing.

To reduce U.S. dependency on foreign oil, what would President Bush drive?

No, not an 18-wheeler right across the pristine tundra of the Arctic National Wildlife Refuge in a personal quest to extract oil from American soil. If we judge him by his own words, Bush would drive a hydrogen-powered fuel-cell wonder car, emitting only water from the tailpipe, but that doesn't mean that it would be 100 percent greenhouse-gas and pollution free.

Never mind that Japanese automakers have already delivered the futuristic fuel-cell vehicles, which use hydrogen to generate electricity for power. In December 2002, Toyota and Honda became the first automakers to bring hydrogen vehicles to the U.S. market, leasing them to the University of California and the city of Los Angeles. Meanwhile, American automakers are still back in the garage with their prototypes.

More at

[http://www.salon.com/tech/feature/2003/02/06/freedom\\_fuel/index.html?x](http://www.salon.com/tech/feature/2003/02/06/freedom_fuel/index.html?x)

## **What is a Fuel Cell?**

<http://science.howstuffworks.com/fuel-cell1.htm>

## **Toyota and Honda Deliver Hydrogen Cars**

[http://quickstart.clari.net/qs\\_se/webnews/wed/db/Ahydrogen-cars.Ry38\\_CD2.html](http://quickstart.clari.net/qs_se/webnews/wed/db/Ahydrogen-cars.Ry38_CD2.html)

## **Kitchen Waste May Power New Bio Fuel Cell**

Microbes produce hydrogen from glucose from the special treatment of kitchen waste. Compared to conventional fuel cells, the bio fuel cell doesn't need an external supply of hydrogen, methanol or other gases. This type of energy production device generates the necessary fuel from special microorganisms. The microbes produce hydrogen from glucose, which accrues from the special treatment of kitchen waste. More at

<http://www.evworld.com/databases/shownews.cfm?pageid=news180203->

## Gemeinsames Marketing für Brennstoffzellen

Der japanische Mischkonzern Toshiba und der Hersteller von Stromgeneratoren und Brennstoffzellen Plug Power Corp. (WKN 928999) wollen ein gemeinsames Marketing für Brennstoffzellen betreiben. Laut einer gemeinsamen Presseerklärung hat die Zusammenarbeit das Ziel, die Anwendung von Brennstoffzellen auf dem Energiemarkt für Industriekunden zu prüfen. Die Zusammenarbeit soll sich in Zukunft auch auf die Bereiche Produktion und Verkauf erstrecken, hieß es in der Mitteilung.

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6073](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6073)

## Dynetek liefert Wasserstoff-Speichersysteme an MAN

Das Tochterunternehmen des kanadischen Herstellers von Kraftstoff-Speichersystemen und Brennstoffzellen Dynetek Industries Ltd. (Nasdaq: DKNDF.N00), die Dynetek Europe GmbH, hat von der MAN Nutzfahrzeuge AG einen Auftrag über die Lieferung von zwei Wasserstoff-Speichersystemen erhalten. Dynetek zufolge sollen die Systeme Busse auf dem Münchener Flughafen antreiben. Die Fahrzeuge haben seit Mitte 1999 bereits 300 000 Kilometer zurückgelegt.

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6093](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6093)

## VW macht Umwelt-Rückzieher

Der VW-Prototyp von 2002 war wieder nur ein Hoffnungsschimmer. Die Lupo-Studie mit 4 elektrischen Radnabenmotoren, einem max. Drehmoment von 500 Newtonmetern, 120 Kilowatt Leistung, einer Beschleunigung von 0 auf 100 km/h in 10,5 Sekunden, bis zu 150 Kilometer Reichweite und einer Aufladezeit von nur 4 Stunden ist wieder in der Schublade verschwunden. Nach Angaben von VW arbeitet man aus Kostengründen jetzt wieder an der Effizienz des Verbrennungsmotors [lol].

Was dabei herauskommt: Der tolle *Phaeton* (laut VCD-Gutachten über 26 Liter/100km(!) Verbrauch im Stadtverkehr) und der SUV *Touareg* (vermutlich bei 28 Litern). Und das Drei-Liter-Auto mit Dieselmotor ist auch keine gute Lösung: Der Schadstoffausstoß von Dieselfahrzeugen liegt gegenwärtig noch deutlich über dem moderner Benzinfahrzeuge. So ist der Ausstoß an Stickstoffoxid durchschnittlich um **das 6- bis 8fache höher**. Hinzu kommt das Problem, dass Dieselruß-Partikel eine erhebliche Gesundheitsgefährdung darstellen und dem Klima (Erderwärmung) besonders zusetzen: pro Gramm sage und schreibe 360.000 bis 840.000 mal so stark wie die entsprechende Menge Kohlendioxid. **Dieselrußpartikel fördern also viel mehr CO2 als bisher angenommen!**

Weiter so: Dann werden die Japaner mit ihren Nullemissions-Fahrzeugen wohl das Rennen machen...

Siehe dazu auch [Elektroautos, Hybridautos](#)

[Neue Antriebskonzepte](#)

[Klimakiller Dieselaautos](#) und

[Dieselruß erzeugt Krebs](#)

## Weltweit 17 Prozent Strom aus Wasserkraft

Rund 17 Prozent des weltweit produzierten Stroms stammen aus Wasserkraftwerken, das meldet der Verband der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin, unter Berufung auf statistische Erhebungen von British Petrol (BP). Im Jahr 2001 wurden demnach 2,63 Mrd. Kilowattstunden (Mrd. kWh) Strom durch Wasserkraft erzeugt. Den größten Anteil daran hätten Kanada mit 331 Mrd. kWh und Brasilien mit 271 Mrd. kWh, hieß es.

Ob Wasserkraft zur Stromerzeugung genutzt werden könne, hänge von den topographischen Gegebenheiten in den einzelnen Ländern ab. Besonders günstige Bedingungen gebe es in Norwegen, wo mit 121 Mrd. kWh Strom 99 Prozent der landesweiten Erzeugung aus Wasserkraftwerken stamme. In Deutschland lieferte die Wasserkraft 2001, so VDEW, mit 26 Mrd. kWh fünf Prozent der Stromerzeugung und sei damit die wichtigste erneuerbare Energie.

## General Electric: Windräder für die Wüste

GE Wind Energy, die Windkraftsparte des US-amerikanischen Konzerns General Electric, liefert 80 Turbinen für ein kalifornisches Windkraftprojekt. Die Turbinen produzieren je 1,5 Megawatt Strom, heißt es in einer Mitteilung von GE Wind Energy. Der Windpark in der Mojave-Wüste solle ab Sommer nächsten Jahres 120 MW Strom in die Netze des öffentlichen Energieversorgers Los Angeles Department of Water and Power (LADWP) speisen. Über das Auftragsvolumen machte GE keine Angaben.

General Electric will Windkraftsparte milliardenstark machen und sich offenbar sehr viel stärker als bisher in den Markt für Windenergie einbringen. Der Chef der Windsparte des amerikanischen Konzerns, Steven Zwolinski, sagte gegenüber dem Wirtschaftsmagazin *Business Week*, **aus der GE Wind Energy könne ein milliardenstarker Geschäftsbereich entstehen**. 2001 hatte die Windsparte laut Angaben auf ihrer Homepage 750 Millionen Dollar erwirtschaftet und knapp 13 Prozent Anteile am Weltmarkt gehalten. Mehr bei

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6119](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6119)

## 900 Millionen Euro für gewerblichen Umwelt- und Klimaschutz

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) hat im Jahr 2002 über ihr Umweltprogramm gewerbliche Umwelt- und Klimaschutzinvestitionen durch zinsgünstige Darlehen in Höhe von 871 Millionen Euro gefördert. Die KfW fördert Umweltschutzmaßnahmen von in- und ausländischen Unternehmen – produzierendes Gewerbe, Handwerk, Handel, Land- und Forstwirtschaft, Dienstleister, Freiberufler sowie Betreiber der Entsorgungswirtschaft aber auch Unternehmen, an denen die öffentliche Hand, Kirchen oder karitative Organisationen beteiligt sind. Die Unternehmen erhalten langfristige, zinsgünstige Darlehen für „alle Investitionen, die zu einer maßgeblichen Verbesserung der

Umweltsituation beitragen“. Dazu zählt die KfW die Vermeidung von Luftverschmutzung, Lärm und Erschütterungen; außerdem Maßnahmen für den Bodenschutz und Grundwasserschutz, Verbesserungen der Abwasserreinigung und Trinkwasserversorgung, Vermeidung und Behandlung von Abfällen, Erreichung von Energieeinsparungen, Einsatz regenerativer Energiequellen sowie Herstellung innovativer umweltfreundlicher Produkte. Mehr bei [http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6089](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6089)

## **Ethikfonds**

Wer nicht in Rüstung investieren will, muss Kleingedrucktes studieren. Der Irak-Krieg droht. Viele Anleger wollen die Rüstungs- und Waffenproduktion nicht mit ihrem Geld unterstützen. Sie suchen Fonds, die ein entsprechendes Investment ausschließen. Solche Fonds tragen den Zusatz „Ethik“ im Namen: Kepler Ethik, Ethik Bond oder Ethical Index Tracker. Man kann sie in Deutschland kaufen – aber sie stammen aus Luxemburg, Irland oder Österreich. Bei uns in Deutschland blockiert die Aufsichtsbehörde, das Bundesaufsichtsamt für Finanzdienstleistungen (BAFin), bislang die Bezeichnung Ethikfonds. [http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6071](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6071)

**Siehe dazu unser [Geldtipp](#)**

## **Industrieverbände wollen Ökostrom-Gesetz aushebeln**

Der Bundesverband Erneuerbare Energien (BEE) warnt in einer Pressemitteilung, verschiedene Industrieverbände versuchten derzeit, energie-intensive Unternehmen aus ihrer Verursacher-Verantwortung für den Klimaschutz zu befreien. Die dafür notwendigen Gesetzesänderungen sollten kurzfristig auf den Weg gebracht werden. Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) und der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHT) hätten mit der Forderung nach

einer Ausnahmeregelung für die Industrie auch die Abschaffung des EEG zum Ziel, meint der Verband. Damit stünden über 130.000 Arbeitsplätze in der Erneuerbaren Energien Industrie auf dem Spiel. Mehr bei

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6094](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6094)

## Verfahren gegen Töchter von RWE und E.on

Das Bundeskartellamt hat gegen Unternehmen von RWE und E.on ein Missbrauchsverfahren wegen überhöhter Preise für die Bereitstellung von Regelleistung eingeleitet. Betroffen sind die RWE Kraftwerksgesellschaft RWE Power AG, Essen, und RWE Rheinbraun AG, Köln, sowie die E.on Sales & Trading GmbH, München. Mehr bei [http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6132](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6132)

**Grüner Strom ist besser -> [Energietipp](#)**

## Erfolg für die Indianer im Süden Ecuadors

Neue Protestmail für die Indianer im Norden des Landes: Der argentinische Ölkonzern CGC hat seine Ölsuche in den Regenwäldern nahe der Stadt Sarayacu vorerst eingestellt. Als Grund nannte das Unternehmen die ständigen Auseinandersetzungen mit der indigenen Bevölkerung von Sarayacu, das rund 200 Kilometer südöstlich von Quito liegt. Die indigene Bevölkerung in der Region lehnt mehrheitlich eine Ölförderung auf ihrem traditionellen Lebensraum ab, weil sie Gesundheitsschäden und Umweltzerstörungen befürchtet. Auch im nördlichen Amazonas von Ecuador kämpfen indigene Völker weiter verzweifelt gegen die Ölausbeutung in ihren traditionellen



Siedlungsgebieten, die teilweise im Cuyabeno Wildlife Reservat liegen, das zu den fünf artenreichsten Wäldern weltweit gehört. **Internationale Ölkonzerne haben dort bereits schwere Umweltschäden hinterlassen und die Bevölkerung krank gemacht.**

Weitere Infos dazu und einen Musterbrief, den Sie bequem per e-mail versenden können, finden Sie auf der Homepage von <http://www.regenwald.org>

### **Tropenholz aus Malaysia**

Die Situation in dem Tropenland ist dramatisch: Jedes Jahr werden in Malaysia mehr als 250.000 Hektar Tropenwald hauptsächlich durch den kommerziellen Holzeinschlag zerstört. Große Mengen Tropenholz illegaler Herkunft gelangen von Indonesien nach Malaysia und werden von dort reexportiert. Hamburg plant den Verbrauch von Tropenholz aus Malaysia auszuweiten!

Bitte machen Sie Freunde und Bekannte auf die Aktion aufmerksam und protestieren [Sie bei http://www.regenwald.org](http://www.regenwald.org)

### **Precious Woods kauft weiteren Wald in Brasilien**

Die Precious Woods Holding AG, Zug, Schweiz meldet den Ankauf von weiteren 480 Quadratkilometern Wald in Brasilien, der dadurch vor willkürlicher Abholzung geschützt werde. Die Fläche grenze nördlich an den Wald, den Precious Woods Amazon im Jahr 2001 zu den ursprünglichen 770 Quadratkilometern hinzu gekauft habe, hieß es. Insgesamt besitze Precious Woods Amazon jetzt 1670 Quadratkilometer Wald bei Itacoatiara, rund 250 km östlich von Manaus. Die andere brasilianische Tochtergesellschaft, Precious Woods Pará, besitze rund 800 Quadratkilometer Wald südwestlich von Belém. Die gesamten Waldflächen des Unternehmens in Brasilien entsprechen damit in etwa der Fläche des Saarlandes.

Beide brasilianischen Tochtergesellschaften verhandeln der Meldung zufolge über weitere Waldkäufe; es sei das erklärte strategische Ziel von Precious Woods, die absolute Waldfläche und die Waldfläche pro Aktie zu erhöhen.

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6098](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6098)

## WWF und deutsche Holzindustrie gründen Initiative zum Schutz der Wälder

Nach einer aktuellen Studie des WWF kommen über 70 Prozent der aus Indonesien sowie etwa ein Drittel der aus Russland stammenden Hölzer und Holzprodukte aus illegalem Holzeinschlag. Die Einfuhr von illegalen Hölzern und Holzprodukten in die G8-Staaten und China wird vom WWF auf einen Anteil von 13 Prozent geschätzt.

Sieben deutsche Unternehmen und ein Verband haben sich gestern gegenüber dem WWF zu einer umweltgerechten Beschaffungspolitik für ihre Holzprodukte verpflichtet. Sie wollen den Handel mit illegalem Holz ausschließen und den Verkauf von Produkten, die nach den Kriterien des FSC (Forest Stewardship Council) zertifiziert sind, erhöhen. Zu den in der heute gegründeten "WWF WOOD GROUP" vereinten Unternehmen gehören auch der Bundesverband der Heimwerker-, Bau- und Gartenfachmärkte. "Die WWF WOOD GROUP setzt den Standard für verantwortungsvolle Wald- und Holzwirtschaft, die wir brauchen, um den Raubbau an unseren Wäldern und den Handel mit illegalem Holz und mit Hölzern aus den letzten Urwäldern der Erde zu beenden", freut sich Forstreferent Johannes Zahnen vom WWF über die Beteiligung der Unternehmen.

Die genannten Firmen bieten zum Beispiel Gartenmöbel, HiFi-Lautsprecherboxen, Parkettböden, Dämmstoffplatten, Möbel und Schnittholz an. Doch ein Wermutstropfen bleibt: "Leider haben die großen Möbelmärkte, Einrichtungshäuser, Versandhändler und fast alle Baumärkte bisher noch nicht Farbe bekant, um endlich dem Handel mit illegalem Holz entgegenzutreten", bedauert Zahnen. Mehr bei <http://www.wwf.de/presse/pressearchiv/artikel/01038/index.html>

## Spruch des Monats:

**Man soll lieber Amerika entwaffnen. Das wäre die Lösung, denn die haben die schlimmsten Waffen.**

Peter Handke

## Zur Öl- und Irak-Krise

**Wer gegen den Krieg ist, muss Tankstellen boykottieren!**

**Der unverantwortliche Umgang mit dem Öl schafft viele ökonomische, politische und ökologische Probleme, die wir uns im 21. Jahrhundert einfach nicht mehr erlauben können. Dazu gehören sowohl die Ölkatastrophe vor Spanien, Portugal und jetzt auch Frankreich als auch die bevorstehende Irak-Annektion, die bereits vor dem 11. September 2001 beschlossene Sache war. Denn im Jahr 2000 verbrauchten die USA 15% mehr Öl gegenüber 1990 und sie verbrauchen jedes Jahr 1,5% mehr! Und 40% davon verbrauchen die Autos. Geht das Land mit den fettesten Menschen an sich selbst zugrunde?**

679 Milliarden Barrel Erdöl sind im Persischen Golf nachgewiesen. Das kommt 65% der bisher bekannten weltweiten Ressourcen dieses fossilen Energieträgers gleich.

Im Fall von Erdgas soll die Region 35% der globalen Vorkommen beherbergen.

**Der Irak besitzt fast 11% der heutigen Reserven - mehr als jedes andere Land ausser Saudi Arabien. Und er trägt die Last von zwei Kriegen, die er bereits verloren hat.**

**Gefährlicher Reichtum: Derzeit exportiert der Irak, Mitglied des**

Opec-Kartells, im Rahmen des "Food for oil"-Programms der UNO legal etwa zwei Millionen Barrel am Tag. Dringend notwendige technische Nachrüstungen der Förderanlagen durch ausländische Investoren verhindern die UNO-Sanktionen. Würden sie nach einem Sturz Saddams aufgehoben, könnten sich transnationale Energiekonzerne an die Ausbeutung der Quellen machen. An Interessenten mangelt es nicht: Das leichte, schwefelarme Öl gilt als das beste der Erde. Zudem liegt es in geringer Tiefe und ist verhältnismäßig billig zu fördern.

Dies sind also die amerikanischen Kriegsziele:

- Die immensen Ölreserven des Irak zu übernehmen – sie gehören zu den größten der Welt.
- Die amerikanische Kontrolle der nahen großen Ölreserven am Kaspischen Meer zu sichern.
- Die indirekte amerikanische Kontrolle über das Öl in allen Golfstaaten wie Saudi Arabien, Kuwait und Iran zu verstärken.

Kriege bekommen jedoch ab einem bestimmten Zeitpunkt eine unkontrollierbare Eigendynamik, die nur dadurch vermieden werden kann, indem man diese nicht beginnt. Die mögliche Eigendynamik, die ein amerikanischer Kreuzzug im Nahen Osten auslösen könnte, ist heute kaum abzusehen. Der angebliche Kriegsgrund Frieden führt jedoch oft in autokatalytischer Weise zu noch mehr Terror, Krieg oder Grauen.

**Nachrichten sind unsere Wahrheit. Was wir im Fernsehen gesehen haben, ist wahr. (aus USA)**

**>>> Weltweit wagt kaum jemand zu glauben oder gar zu sagen, dass die Schrecken des 11. September womöglich nur *inszeniert* wurden, um diesen Krieg ("*War on Terror*" [???) und den Zugriff auf diese Öl-Ressourcen zu ermöglichen. Die meisten glauben an das, was das Fernsehen zeigt. Der Durchschnittsamerikaner bekommt keine guten Informationen darüber, was in der Welt vorgeht. Viele sind verwirrt, weil Bush, Cheney, Rumsfeld und**

Powell ständig lügen. Sie versuchen, die Medien so zu steuern, dass die von ihnen erwünschten Informationen in der Öffentlichkeit vorherrschen. Sie vermitteln permanent den Eindruck, der Irak sei eine permanente Bedrohung für die USA. So entstand wieder Patriotismus im Amerikanismus, die Bereitschaft, in den Krieg zu ziehen. Und der US-Öl-Präsident entscheidet, wann und wo Krieg ist.

Auch Tony Blair ließ extra Panzer auffahren am London-Heathrow, um eine künstliche Panik vor "*dem Terrorismus*" zu schaffen, die den Briten endlich klarmachen soll, dass dieser Krieg wirklich nötig ist. Es fragt sich nur, was der angeblich allgegenwärtige Terrorismus mit Saddam und dem Irak zu tun haben soll. Selbst Blair hat zugegeben, dass es keinen Zusammenhang zwischen al-Qaida und Hussein gibt.

Werden Geheimdienste bald auch in Berlin Anschläge verüben, um den Deutschen klarzumachen, dass sich kein Satellitenstaat der USA aus dem Bündnis ausklinken darf, wenn es um die "*weltweite Bekämpfung des Terrors*" (bzw. um das heilige Öl) geht???

Es sind die USA, die Massenvernichtungswaffen entwickeln und als erste überhaupt eingesetzt haben, Atombomben in Japan, Napalm und Entlaubungsgifte in Vietnam. Es ist das US-Militär, das aus luftigen Höhen, ohne Gefahr für eigenen Leib und Leben, Städte bombardiert und damit die Tötung unschuldiger Zivilisten zu "Kollateralschäden" erklärt. Und es ist wiederum die US-Regierung, die sich Präventivschläge vorbehält und sie als Taten besonderer Menschlichkeit preist.

Die Liste von Schurkenstaaten, die das Imperium abzarbeiten gedenkt, ist noch sehr lang. Als nächstes sind Syrien, Saudi Arabien, Nord-Korea und vor allem der Iran dran. Das "*alte Europa*" kann also gar nicht genug Front machen gegen diese kriminellen Machenschaften der derzeitigen USA-Junta. Mit "Freunden" wie diesen kann man auf seine Feinde verzichten.

Was ein halbes Jahrhundert dazu da war, den Vormarsch des Sowjetimperialismus in Europa auf- und die Mittelmacht Deutschland niederzuhalten, hat sich mit dem Ende des Kalten

**Krieges und des Ost-West-Gegensatzes selbst überlebt. Auch für die alten wie für die neuen Mitgliedsländer der Nato gibt es seitdem nur noch die Wahl: entweder für und gegen das Imperium zu sein.**

**"Die Nato-Erweiterung ist eine flankierende Maßnahme, um Westeuropa einzudämmen."**

Ruth Wedgewood, Defense Policy Board

**Der "American Way of War" in Form von Hightech-Kriegen, finanziert durch ausländische Kredite und mit Unterstützung des 53. US-Bundesstaates in Form von Großbritannien, soll zukünftig auf eine Vielzahl von Ländern ausgedehnt werden. Doch die Existenz und Fortbestand der Nato, die transatlantischen Beziehungen und der Zusammenhalt der EU stehen inzwischen schon auf der Kippe. Gerade hat Bush selbst auch die Berechtigung des Weltsicherheitsrats im 21. Jahrhundert in Frage gestellt. Nicht zufällig wird er so oft mit Adolf Hitler verglichen. Nur hat Bush viel mehr militärische Zerstörungsmacht als Hitler jemals hatte! Und auch die Anzahl seiner Feinde wächst täglich...**

**Die Kontrolle über den größten Teil der Weltölreserven und damit auch über den Öl-Preis würde die USA allmächtig werden lassen. Wenn sie wollen, dass der Preis steigt, dann steigt er. Wenn sie wollen, dass er sinkt, dann sinkt er. Mit einer einzigen Handbewegung werden sie in der Lage sein, der Wirtschaft Deutschlands, Frankreichs und Japans einen vernichtenden Schlag zu versetzen. Kein Staat in der Welt wird in der Lage sein, sich in irgendeiner Sache ihnen entgegen zu stellen. Kein Wunder, dass sich Deutschland und Frankreich gegen den Krieg aussprechen. Er ist auch gegen sie gerichtet!**

**Gerhard Schröder handelt mit seiner widerspenstigen Haltung folglich nicht verantwortungslos, sondern umsichtig. Durch sein Nein zu einem Angriffskrieg wendet er Schaden von der Bundesrepublik ab. Mehr bei**

**<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Art-Zukunft/geruchkrieg.shtml>**

## Definition "Schurken"

In seinem soeben bei *Galilée* in Paris erschienenen Buch "Voyous" (Schurken) bemerkt Jacques Derrida:

**"Machtmissbrauch ist die Grundlage aller Souveränität. [...] Im Hinblick auf die Schurkenstaaten bedeutet das ganz einfach, dass die Staaten, die in der Lage sind, solche Staaten anzuprangern, sie der Rechtsverletzungen und Rechtsverstöße, der Perversionen und Verirrungen zu bezichtigen, deren sich dieser oder jener von ihnen schuldig gemacht hat - dass diese Vereinigten Staaten, die als Garanten des Völkerrechts auftreten und über Krieg, Polizeioperationen oder Friedenserhaltung beschließen, weil sie die Macht dazu haben - dass die Vereinigten Staaten und die Staaten, die sich ihren Aktionen anschließen, als Souveräne selbst zuallererst Schurkenstaaten sind."**

## Das "alte Europa", die "Vereinigten Schurkenstaaten" und die Eurasische Wirtschaftsgemeinschaft

Das **"alte Europa"** (wie Rumsfeld es betitelt) hat den Fehler gemacht, den Kontinent zu entdecken, der heute Amerika heißt und den, alle möglichen unsicheren Elemente dorthin auswandern zu lassen. So konnten nach einer ausgedehnten Vernichtung der Ureinwohner auch die **"Vereinigten Schurkenstaaten"** (wie es neuerdings in Europa heißt) entstehen, von denen das alte Europa sich nun tyrannisieren lassen muss. Von dem Dollar-protzenden und eigentlich stark lebensverachtenden *Damned fucking do or die where is the money hire and fire fast food shareholder value just for fun infotainment market TV dinner bullshit*-System wird der Rest der Welt ökonomisch und kulturell fremdbestimmt und unter Druck gesetzt. Dabei gleichen die USA vielleicht am ehesten dem Bild einer Hartschaum-Verpackung, die zwar

gut isoliert, aber praktisch unentsorgbar wird und die nicht zwangsläufig einen Inhalt haben muss...

"Es geht nicht darum, etwas Bestimmtes zu besitzen, das einem durch den Besitz Freude bereitet. Es geht darum, immer wieder neue Zeugnisse der eigenen Konsumfähigkeit zu erwerben."

(Richard Sennett zum Wirtschaftsleben Amerikas)

**Diese "Kultur" ist nur eine andere Form des Konsums. Ihre Antwort auf die Klimakatastrophe heißt ignorieren.**

**Der ineffiziente und ressourcenfressende Aufwand zur trivialen Lebenserhaltung von ca. 200 Mio. Menschen kann schon aus eben diesen Gründen nicht richtungsweisend sein für 5 Milliarden Erdenbürger und würde global praktiziert zu einem absoluten - vor allem ökologischen - Desaster führen!**

**Den USA mangelt es am E.Q. (*Emotional quotient*), und auch was Lebensart, Ethik, Nachhaltigkeit und Vergangenheitsbewältigung angeht, sind sie leider ein absolutes Entwicklungsland.**

**Amerikanische Politiker müssen lernen, sich in andere hineinzusetzen und deren Empfindungen zu verstehen. Und sie haben die Gesetze dieses Planeten zu akzeptieren. Europa und große Teile Asiens sollten Hilfestellung zu diesen Themen anbieten. Die nahe Zukunft wird zeigen, ob sich die USA überhaupt noch als unterstützungswürdig erweisen?**

Momentan erstrecken sich die wirtschaftlichen Ballungsräume auf den atlantischen und pazifischen Raum und haben immer mit den USA zu tun. Dennoch wird das nicht zwangsläufig so bleiben. Sinnvoll wäre es, wenn Europa künftig einen direkten Anschluss an Asien finden würde, um möglichst bald den **Eurasischen Kontinent auch als**

**Wirtschaftsgemeinschaft** zu erzielen. Geographisch sind Asien und Europa eine Landmasse, die zusammengehört. Eine Trennung ist eher willkürlich und in den Köpfen entstanden.

**Russland, China, Japan und auch die anderen würden den EURO lieben** und die kulturellen Unterschiede könnten erhalten bleiben (so wie auch Skandinavien und die Iberische Halbinsel von an sich völlig unterschiedlichen Kulturen geprägt sind).



In vielen Eurasischen Schwellenländern ist zudem auch noch ein enormes Wachstum möglich, vor allem ein **nachhaltig-ökologisch geprägtes Wachstum**, an dem wir in diesem Jahrhundert ohnehin nicht vorbei kommen werden.

**>>>** Und es hätte auch den immensen Vorteil, dass die schon **Jahrtausende alten Kulturen Eurasiens** sich nicht mehr von einer gerade zweihundert Jahre alten, im Prinzip abgewirtschafteten Cola-Plastikkultur mit *Weltpolizei*-Mentalität unterjochen und diktieren lassen müssten, sondern im Gegenteil; **von der Finanzkraft, von den Ressourcen und von den Bevölkerungszahlen her wäre ein ökonomisches Eurasien den USA haushoch überlegen!**  
**Wenn Eurasien sich nicht rechtzeitig emanzipiert, wird es von den politischen, wirtschaftlichen, geostrategischen und "kulturellen" Interessen der Hypermacht USA geschluckt!**

Mehr zum Thema Eurasien bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/kolumnen/mar/14234/1.html>

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/buch/14253/1.html>

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/mein/14221/1.html>

## Ökologische Zeitbomben

Könnte eine Ölpest vor Galiziens Küste auch Deutschland treffen? Fachleute sagen ja! Hunderte von ähnlich maroden Öltankern wie die "Prestige" schippern jährlich an Deutschlands Küste entlang - auch die "Prestige" kam aus einem baltischen Ölhafen durch die Ostsee.

<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/zeitbomben.shtml>

Spanischer Tanker sinkt: Gut zwei Monate nach dem Untergang des Öltankers "Prestige", aus dem nach wie vor täglich rund 80 Tonnen Schweröl ins Meer laufen, sank vor der südspanischen Küste die 40 Meter lange "Spabunker IV". An der Unglücksstelle nahe der britischen Kolonie Gibraltar bildete sich nach Angaben der Behörden ein Ölteppich von einem Quadratkilometer.

## Flugbenzin-Besteuerung

Warum wird Flugbenzin noch immer nicht besteuert? Andreas Troge, CDU-Mitglied und Präsident des Umweltbundesamtes (UBA) schätzt, dass die Bundesrepublik Deutschland pro Jahr sieben Milliarden Euro Einnahmen hätte, wenn Flugbenzin endlich besteuert würde. Mehr bei <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/flugboekosteuer.shtml>

## Diesel raus!

Seit dem 01. Januar 2003 dürfen in der Neun-Millionen-Stadt Dakha, Hauptstadt von Bangladesh, **keine Dieselfahrzeuge** mehr fahren. <http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/bangladesh.shtml>

## Der wichtigste Preis der Welt

Oben auf der Wiese wachsen Gras und Klee, wie sie auf Wiesen eben wachsen, aber tief unten in der Erde ist alles anders. 1800 Meter unter ostfriesischem Viehfutter lagert in großen Hohlräumen die Nahrung der deutschen Wirtschaft: 400.000 Tonnen Öl, hinabgepumpt und überwacht von den Mitarbeitern des Erdölbevorratungsverbandes. Der verwaltet seit 25 Jahren mehrere hundert Tanks und unterirdische Speicher im ganzen Bundesgebiet, gefüllt mit Öl für 90 Tage, gelagert für den Notfall. Den Terrorfall. Den Kriegsfall.

Für den Fall, dass in Deutschland das Öl knapp wird. Vorkriegszeit ist Albtraumzeit. Der Horror könnte so aussehen: Ein Angriff auf den Irak, und als Antwort jagen Terroristen in Saudi-Arabien die Pipelines in die Luft. Bomben auf Bagdad, und in Rotterdam und Houston explodieren die Raffinerien. Raketen auf Saddams Palast, und in ganz Nahost brennen die Ölquellen.

Das Schlimme an solchen Schreckensszenarien ist: Sie brauchen gar nicht Wirklichkeit zu werden, um Wirkung zu zeigen.

Denn Erdöl wird an der Börse gehandelt, und dort bestimmen nicht Fakten den Preis, sondern Erwartungen, Vermutungen und

Wahrscheinlichkeiten. Seit Monaten gehen Ölkonzerne, Benzinhändler und Investmentbanken von einem baldigen, aber kurzen und erfolgreichen Krieg im Irak aus. Schon das hat den Ölpreis auf über 30 Dollar je Barrel (159 Liter) steigen lassen.

Sollte es tatsächlich zum Krieg kommen, dieser aber nicht so glatt verlaufen wie ein Videospiel, dürfte Öl sehr schnell viel teurer werden.

**Die HypoVereinsbank rechnet mit 70 Dollar pro Barrel und mehr. Profispekulanten könnten den Preis zusätzlich in die Höhe treiben,** sagt Wolfgang Wilke, Rohstoffexperte der Dresdner Bank.

**Die Weltwirtschaft ist noch immer eine Ölwirtschaft. Die Menschheit kommt nicht los von der schwarzen Droge: Dreißig Jahre nach der ersten Ölkrise ist die Wirtschaft abhängiger denn je.**

Der moderne Mensch arbeitet womöglich nicht mehr in der Industrie, aber in ihre Büros fahren die Programmierer, Designer und Controller jeden Morgen in mit Öl betriebenen Autos. Ihre Computer haben mit Öl betriebene Lastwagen aus dem Nachbarland angeliefert, und die Spielsachen ihrer Kinder kamen auf mit Öl betriebenen Schiffen aus Ostasien. Abends lassen sie sich auf mit Öl betriebenen Motorrollern eine Pizza bringen, und am ersten Urlaubstag steigen sie in ein mit Öl betriebenes Flugzeug. Kurz, fast alles von Menschen Geschaffene, das sich auf dieser Erde mit mehr als 40 Kilometern pro Stunde bewegt, bewegt sich mithilfe von Öl. Da aber Transport und Bewegung in der modernen Wirtschaft eine noch größere Rolle spielen als früher, könnte eine plötzliche Verteuerung von Benzin, Diesel und Kerosin noch schlimmere Auswirkungen haben als vor 20 oder 30 Jahren, schreiben die Ökonomen von Goldman Sachs.

Die Stein-, Bronze- und Eisenzeit sind vorüber, aber es scheint, die Wissens- und Dienstleistungswelt hat noch nicht so recht begonnen. Der Mensch lebt immer noch im Kohlenwasserstoff-Zeitalter. Der Preis der wichtigsten aller Kohlenwasserstoff-Verbindungen, des Erdöls, bestimmt über den Wohlstand ganzer Länder. Und wer wiederum über den Ölpreis bestimmt, hat mitunter mehr Macht als Konzernchefs, Finanzminister und Notenbankpräsidenten zusammen.

Aber schon jetzt liegen 80 Prozent der bekannten und kostengünstig

auszubeutenden Reserven auf dem Hoheitsgebiet der Opec-Länder. Dieser Anteil wird wohl noch steigen. Um den Einfluss der Opec zu mindern, haben die Industrieländer aus eigenem Boden Öl gepumpt, wo immer sie es fanden. **Sie finden immer weniger. Die britischen und norwegischen Quellen reichen bei den gegenwärtigen Fördermengen noch für acht Jahre, die amerikanischen noch für elf Jahre.**

Sollte ein Krieg im Irak jedoch den Fundamentalisten am Golf Auftrieb verleihen und etwa in Saudi-Arabien ein Regime an die Macht befördern, das mit einer Politik des knappen Öls die vermeintlichen Feinde des Islam zu bestrafen sucht, dann helfen keine neuen Steuer- und Arbeitsmarktgesetze. Dann verlieren in Amerika, Europa und Japan Millionen Menschen ihren Job!

Am Golf hingegen floss in den vergangenen Jahren ein Teil der Öleinnahmen auch in die Finanzierung des Terrorismus. Und auch die Reaktion darauf wäre ohne Öl nicht möglich. Britische Panzer und amerikanische Bomber brauchen Sprit – so viel, dass manche Ökonomen im Kriegsfall schon allein deshalb einen Preisanstieg erwarten.

**Höchste Zeit, dass sich die Welt aus der Abhängigkeit vom Öl befreit.**

Der Atomausstieg lässt sich von oben verordnen, der Ölausstieg kaum. Ihre Ölkraftwerke haben die meisten Industrieländer längst abgeschaltet. **Die Entscheidung pro Öl aber fällt jeden Tag zigmillionenfach an den Tankstellen der Welt. Allein zehn der täglich verbrannten 70 Millionen Barrel Öl fließen als Benzin und Diesel in die Motoren amerikanischer Autos. Um das zu ändern, hilft es wohl nur, den Preis zu erhöhen.** Nicht sprunghaft und plötzlich wie im Krisenfall, sondern schleichend und geplant. Die Entwicklung sparsamerer Motoren und neuer Treibstoffe, die Befreiung vom Öl, würde dann lukrativ. **Der beste Weg zu mehr ökonomischer Sicherheit in der Welt sei eine Steuer auf Öl und Energie,** schrieb der britische Economist schon wenige Monate nach dem 11. September. Eine Steuer, die bisher „ökologisch“ heißt, die man aber auch „ökonomisch“ nennen könnte. Die Abkürzung bliebe ja dieselbe: Ökosteuer/Schadstoffsteuer. Mehr bei

## Die USA auf dem Weg zum Polizeistaat

Demokratie heißt, das zu akzeptieren, was die USA als Demokratie bezeichnen.

Mancher US-Historiker ist bereits davon überzeugt, dass sich die USA "mit hoher Geschwindigkeit" in einen Polizeistaat verwandeln, der durch Korruption und handfeste gemeinsame Interessen zusammengehalten wird, besonders dann, wenn Präsidenten zum Sprachrohr von Lobbyisten werden:

"Vizepräsident Dick Cheney und der Vater des Präsidenten, Bush senior, sind durch Öl reich geworden. Condoleezza Rice, die Sicherheitsberaterin des Präsidenten, arbeitete 5 Jahre im Vorstand des Chevron-Konzerns. Ihr spezielles Aufgabengebiet dort war die Erschließung der Ölvorkommen in Usbekistan und Pakistan. Es ist in der Geschichte der Vereinigten Staaten ohne Beispiel, dass in dieser Weise eine einzelne Interessengruppe alle wichtigen Staatsämter besetzt, ohne dass es irgendeinen Widerstand dagegen gäbe."

Für einen Sitz im Repräsentantenhaus müssen die Kandidaten durchschnittlich 840.000 Dollar, für einen Platz im Senat sogar durchschnittlich 7,3 Millionen Dollar ausgeben - mit all den persönlichen, wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen, die sich aus Wahlkämpfen, Wahlversprechen und Wahlspenden schließlich ergeben: "Tatsächlich kann man gar nicht von zwei Parteien in den USA sprechen, es gibt nur eine Partei, die Partei des Geldes, die von den Reichen und von den Unternehmen dominiert wird."

Über Krieg und Kulturexport wird der Einfluss dieser Partei rund um den Erdball ausgedehnt. Eduardo Lourenco beschreibt im amerikanischen Kulturleben einen "Fluss selbst-referentieller Bilder, die weder der Sphäre der Kommunikation noch der Ästhetik angehören, sondern nur noch der des Konsums" und sich auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner mühelos verbreiten lassen. Morris Berman glaubt, dass der **amerikanische "Exportmüll" deshalb so reißenden Absatz findet, weil er auf unmittelbare Triebbefriedigung gerichtet ist und den**

## **Konsumenten ein letztlich infantiles Gefühl von Geborgenheit in einer chaotischen Welt vermittelt.**

Joshua Meyrowitz bemängelt, dass die amerikanischen Massenmedien "alles andere als demokratisch organisiert sind" und bei der Verschleierung ihrer tatsächlichen Gleichschaltung eine absolute Perfektion erreicht haben. Und: "Es ist klar, dass in einem Umfeld, das durch zahllose Werbe-Doppelseiten beispielsweise der Automobilindustrie geprägt ist, kritische Berichte über Autos keinen Platz haben können."

Noam Chomsky spricht deshalb von einer "völlig entpolitierten Gesellschaft", die sich dem Entscheidungsmonopol einer mehr oder weniger anonymen Führungskaste überlassen hat: **"Etwa ein Sechstel des Bruttoinlandsprodukts, über eine Billion Dollar, wird jedes Jahr für Marketing ausgegeben, das heißt für Manipulation und Verhaltenssteuerung." Der Krieg gegen den Irak ist deshalb nicht nur unter wirtschaftlichen und geostrategischen Überlegungen zu betrachten, sondern natürlich auch eine Art innenpolitischer Notwendigkeit:**

**"Weil im nächsten Winter der Wahlkampf bereits im vollen Gange ist, müssen die Amerikaner schon in der richtigen Stimmung sein. Unter keinen Umständen dürfen sie über die Renten oder die Gesundheitsversorgung nachdenken."** Mehr bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/buch/14253/1.html>

**>>>** Wer künftig in die USA (oder nach London) reisen will, muss bereits bei der Ticket-Buchung sein Einverständnis für die Weitergabe seiner Daten [Name, Wohnort, Details aus Vielflieger-Programmen und sogar Spezialmenüs (ohne Schweinefleisch, vegetarisch, ...)] an US-Behörden wie Militär und Einwanderungsbehörden unterschreiben. Das geht aus einer Grundsatzvereinbarung zwischen der EU-Kommission und US-Behörden hervor. Als Datenlieferanten sollen die EU-Fluggesellschaften fungieren. Sollte sich ein Unternehmen weigern, droht der Entzug der Landeerlaubnis. Datenschützer protestieren gegen den Kniefall vor den USA.

**Einzelne Fluggesellschaften tragen sich bereits mit dem Gedanken, nicht nur die Daten jener Personen weiter zu geben, die ihre**

**Zustimmung erteilt haben, sondern aus Kostengründen pauschal ihre gesamten Dateien den US-Behörden auszuhändigen.**

(<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/te/14244/1.html>)

## **BP und der Irak: Wie sich "Blair Petroleum" für den Krieg rüstet**

Großbritanniens Vorzeigekonkern BP war einst der erste, der Zugang zu den reichen Ölbeständen des Irak gewann. Werden die Förderrechte nach einem US-Sieg neu vergeben, möchte BP sich keineswegs ausstechen lassen - und nutzt deshalb seinen guten Draht zur Downing Street. Im Nahen Osten hat BP wenig zu verlieren, aber viel zu gewinnen - da kann sich eine Risikostrategie auszahlen.

Die Russen, die Italiener von Eni, die Franzosen von TotalFinaElf - sie alle waren schneller oder rücksichtsloser, schlossen Vorverträge mit dem Hussein-Regime. Auch die Nachfolger Saddams werden aus diplomatischer Rücksicht zumindest einen Teil davon respektieren müssen. Derweil verhandeln die Emissäre amerikanischer Multis wie ExxonMobil im Geheimen schon mit Exil-Irakern, die als US-freundliche Vasallen in Frage kommen. BP steht zwischen den Fronten: Weil der Konzern im Kern immer noch britisch ist, kann er nicht offen mit dem Feind der Achse Bush-Blair anbandeln. So muss BP auf den Sturz Saddams hoffen, dürfte davon aber weniger profitieren als US-Konkurrenten.

Den vollständigen Artikel erreichen Sie im Internet unter der URL

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,236880,00.html>

Zum Thema:

- Irak-Krise: Biblischer Reichtum

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,234700,00.html>

- Irak-Krise: Die russische Angst vor der Ölschwemme

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,234641,00.html>

- Britischer Öl-Experte: "Die Falken sind kurzsichtig"

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,231854,00.html>

- SPD-Rüstungsexperte Hermann Scheer: "Das Öl ist der Hauptgrund für diesen Krieg"

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,229891,00.html>

- Der Markt-Forscher: Worum es Bush im Irak wirklich geht

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,219504,00.html>

- Der Kampf ums kaspische Öl: Pipelines, Bomben und Soldaten

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,210272,00.html>

## Wer gegen den Krieg ist, muss Tankstellen boykottieren!

Ungewöhnliche Anti-Kriegs-Demo: Greenpeace hat in Großbritannien Dutzende Tankstellen lahmgelegt. Die Umweltgruppe wirft dem Betreiberkonzern vor, für einen Irak-Krieg mitverantwortlich zu sein. Derweil hat der deutsche Tankstellen-Marktführer wieder einmal die Preise erhöht.

Greenpeace blockierte außer den Tankstellen die britische Zentrale des weltgrößten Ölkonzerns ExxonMobil im südenglischen Leatherhead, der in Europa unter dem Markennamen Esso firmiert. Die Umweltschutz-Organisation wirft ihm eine "kriegstreibende Energiepolitik" vor. Eine Sprecherin von Greenpeace sagte, die Umweltschützer hätten an 110 britischen Esso-Tankstellen die Benzinzufuhr gestoppt. 40 Aktivisten seien dabei von der Polizei festgenommen worden. Esso sprach hingegen von Blockaden an nur 50 Tankstellen. Auch vor der Konzernzentrale beendete die Polizei die Demonstration. Sie nahm dabei noch einmal mindestens 24 Greenpeace-Leute fest.

Jörg Feddern, ein Öl-Experte von Greenpeace, sagte, **Esso sei einer der größten Nutznießer eines möglichen Irak-Krieges. Seit Jahren finanziere der Konzern US-amerikanische Institute und Lobby-Gruppen, die ein militärisches Vorgehen gegen den Irak verlangten. "Je mehr die amerikanischen Ölvorkommen zur Neige gehen, desto mehr werden die US-Konzerne versuchen, Zugriff auf die**



**Vorkommen in anderen Regionen der Welt zu bekommen", sagte Feddern. "Ein Unternehmen wie Esso, das seit Jahren als einziges Ölunternehmen jede ernsthafte Investition in erneuerbare Energien ablehnt, ist deshalb nicht nur mitverantwortlich für die Klimaerwärmung, sondern auch für einen möglichen Krieg gegen den Irak."**

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,237614,00.html>

### **Shell will neue Öl- und Gasfelder vor Sachalin anzapfen**

Umweltschützer protestieren, weil der Erdölkonzern Shell zusammen mit der russischen Investorengruppe Sachalin Energie die Öl- und Gasbohrungen im Ochotskischen Meer nördlich von Japan intensivieren will. Mehr bei

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6057](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6057)

### **Partner von BP unter Verdacht der Geldwäsche und Steuerhinterziehung**

Der in Nachhaltigkeitsfonds wie beispielsweise dem SAM Index Fonds geführte Erdölkonzern BP droht sich bei seinem Griff nach russischem Öl die Finger zu verbrennen. Das Unternehmen war kürzlich mit 6,75 Milliarden Dollar beim Ölförderer TNK eingestiegen. Der gehörte bislang der russischen Alfa-Gruppe und der russisch-amerikanischen Gruppe Access Industries/Renova. Wie das Handelsblatt berichtet wird Alfa unter anderem Geldwäsche und Steuerhinterziehung vorgeworfen. Außerdem will das Naturressourcen-Ministerium in Moskau der Newco, wie das Gemeinschaftsunternehmen von BP und den bisherigen Besitzern von TNK heißt, die Lizenz am größten sibirischen Gasfeld Kowyktinskoje entziehen.

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6048](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6048)

## Umwelt - die Alternativen

Öl ist das Schmiermittel der Weltwirtschaft. Aber es hat eine hässliche Kehrseite: Förderung, Transport und Verbrauch von Öl belasten Mensch und Natur.

Von Tankerunfällen verursachte Katastrophen ließen sich zwar nahezu ausschließen, wenn sich alle Staaten auf strengere Vorschriften einigten. Auch der Umstand, dass bei der Ölverfeuerung mehr als tausend Schadstoffe entstehen können, ist kein Schicksal; saubere Verbrennungstechnik und Filter können die Gesundheitsgefahren drastisch reduzieren. Filter zum Schutz der Erdatmosphäre vor den Rückständen der Ölverbrennung gibt es aber nicht. Konsequenz: **Obwohl es weniger Kohlenstoff enthält als Braun- oder Steinkohle, schadet kein Energieträger dem Klima so sehr wie Öl.**

**Die Menge macht's: Öl, weltweit die begehrteste Energie, steuert jährlich rund 10 Milliarden Tonnen Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) zur Erderwärmung bei. Das entspricht etwa 42 Prozent des globalen CO<sub>2</sub>-Ausstoßes. Wiederum das Gros davon (ebenfalls 42 Prozent) entfleucht den Abgasrohren von Autos, Mopeds und Lastwagen. In Deutschland ist der Straßenverkehr für mehr als die Hälfte des vom Öl verursachten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich; in den USA sind es sogar fast zwei Drittel.**

Derweil wächst die weltweite Nachfrage nach Energie für Transportzwecke schier unaufhaltsam. Allein in China wird sie sich bis 2010 fast verdoppeln.

[http://www.zeit.de/2003/08/Umwelt\\_9al-Kasten](http://www.zeit.de/2003/08/Umwelt_9al-Kasten)

## Bombardiert Bush

E-Mail-Angriff auf US-Regierung: Um Bomben auf irakische Städte zu verhindern, wollen US-Künstler ihre Regierung mit Fragen bombardieren. Hollywood- und TV-Stars haben dazu aufgerufen, die US-Regierung mit E-Mails und Telefonanrufen ausser Gefecht zu setzen.

[president@whitehouse.gov](mailto:president@whitehouse.gov)

An die 100 US-amerikanische Städte und zwei Bundesstaaten haben

bereits Beschlüsse gegen den Irakkrieg verabschiedet. Mit Los Angeles hat sich nun auch die zweitgrößte Stadt der USA in die Cities for Peace eingereiht. Die auch in den USA finanziell gebeutelten Kommunen argumentieren aber mit dem Geld und sagen, dass **ein Krieg mindestens 100 Milliarden Dollar kosten werde. Addiert man dazu noch die Gelder und Vergünstigungen hinzu, mit denen die Bush-Regierung im Sinne "Cash for War" Alliierte in Europa und anderswo rekrutiert, aber auch die Kosten, die zum Schutz des mit einem Krieg wachsenden Terrorrisikos im In- und Ausland ausgegeben werden, so dürfte die Zahl freilich weitaus höher liegen.**

Kritisiert wird die Kluft zwischen Washington und der Stimmung auf kommunaler Ebene, aber auch, dass **die Wirtschaft des Landes das eigentlich drängende Problem sei**, aber nicht der Irak. Ein Krieg sei nicht nur moralisch abzulehnen, wenn nicht wirkliche Beweise für die Existenz von Massenvernichtungswaffen und die Bedrohung der USA vorgelegt würden, sondern er vermehre auch die Verschuldung der öffentlichen Hand.

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/irak/14243/1.html>

**Im Falle eines Irak-Krieges könnten Folgekosten von über 1.000 Milliarden US-Dollar entstehen und die Weltwirtschaft in ihre bisher schlimmste Krise stürzen. Europa hat deshalb keine geringere Aufgabe, als sich von den US-Positionen zu entkoppeln, ja diesen eine eigene Ordnung entgegenzusetzen.**

<http://www.heise.de/tp/deutsch/inhalt/mein/14221/1.html>

## **Wasser wird bald wie Öl gehandelt**

Nestle Waters, die Mineralwasser-Sparte des Schweizer

Lebensmittelkonzern Nestlé S.A., setzt ihre Einkaufstour fort. Nach eigenen Angaben hat sie nun das Mineralwasser-Unternehmen Clear Water übernommen, in Russland Marktführer in Sachen Wasserdirektbelieferung. Clear Water wurde 1993 gegründet und beliefert 40 000 Kunden in Moskau und St. Petersburg. Laut Nestle erreichte es zuletzt einen Umsatz von etwa 15 Millionen Euro. Der Konzern sieht im Bereich Mineralwasser-Lieferdienste große Wachstumsmöglichkeiten und baut dieses Geschäft in Europa systematisch aus. Mit 140 Millionen Einwohnern ist Russland das bevölkerungsreichste Land des Kontinents. Im Juli 2002 hatte Nestle in Russland die Saint Springs-Gruppe gekauft. Vor zwei Wochen erwarb Nestle für 560 Millionen Euro den Mineralwasser-Produzenten Powwow. Analysten zufolge zählt diese Tochter des Hongkonger Mischkonzerns Hutchinson Whampoa zu den führenden westeuropäischen Unternehmen in der Wasserdirektbelieferung.

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6044](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6044)

**Mit einem Umsatz von fünf Milliarden Euro im Geschäftsjahr 2001 ist Nestle Waters in der Mineralwasser-Branche Weltmarktführer. Ihr gehören bekannte Marken wie Perrier, San Pellegrino oder Vittel.**

### **DIW: Bundesregierung wird ihr CO2-Reduktionsziel verfehlen**

Nach Ansicht des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, wird Deutschland sein angestrebtes CO2-Reduktionsziel verfehlen. Die Bundesregierung will die deutschen Emissionen bis 2005 gegenüber 1990 um 25 Prozent zurückführen. Dazu müsste der CO2-Ausstoß in den nächsten drei Jahren jeweils um rund 30 Millionen Tonnen (3,8 Prozent) reduziert werden, rechnet das Institut vor. Selbst das deutsche Kyoto-Ziel, dem zufolge die

Treibhausgasemissionen bis 2012 gegenüber 1990 um 21 Prozent zu mindern sind, könne verfehlt werden, wenn die Klimaschutzpolitischen Anstrengungen nicht konsequent fortgesetzt würden, meint das DIW.

[http://www.ecoreporter.de/index.php?action=\\_n6081](http://www.ecoreporter.de/index.php?action=_n6081)

[Kein Wunder, wenn die Autoindustrie den Dieselmotor als Allheilmittel ansieht.]

## **Denkanstöße für eine umweltverträgliche Politik auf wissenschaftlicher Basis:**

### **Eine betriebswirtschaftliche Theorie des gesellschaftlichen Umsteuerns**

Die Betriebswirtschaft liefert für ein wirtschaftliches Umsteuern ebenso wenig fundamentale Lösungsansätze wie die Volkswirtschaftslehre, egal welcher Richtung. Auch die Nationalökonomie, die sich mit der Verteilung des produzierten Reichtums beschäftigt, liefert dazu keine Lösungen. Es ergibt sich die zwingende Frage, wie mit dem Problem umzugehen ist.

Politiker haben dazu prinzipiell immer drei Strategien parat:

- ignorieren, das Problem leugnen,
- das Problem anerkennen aber abwiegeln und darauf verweisen, dass bisher immer Lösungen gefunden wurden, wenn sie gebraucht wurden,
- dem Wähler signalisieren, dass das Problem erkannt wurde und handeln, es werden Programme, Gesetze, Verordnungen, Richtlinien erlassen.

Diese Strategien werden meist zeitlich gestaffelt angewendet. Welche Strategien kann der Bürger verfolgen? Auch drei prinzipielle:

- ignorieren, das Problem verdrängen ("Bei mir kommt das Wasser aus der Wand"),

- persönliche Askese und Verweigerung ("Ich mache bei der Verschwendung nicht mit"),
- die Welt wachrütteln mit Aktionen (Greenpeace, Protesten jeder Art).

An diese Situation sollen meine "Denkanstöße" anknüpfen: Wie ist Konsum, Handel und Produktion umzugestalten, damit unsere Lebensweise sich nicht selbst ihre Grundlagen entzieht?

Wichtig war mir, den Blick für das wirtschaftliche Handeln dadurch zu erweitern, dass zusätzlich zum Geldverdienen auch noch die Wirkungen auf unsere Lebensgrundlagen in die Betriebswirtschaft selbst einbezogen werden. Das ist der prinzipielle Unterschied zur gegenwärtigen Art der Betrachtung, dass die Betriebswirtschaft aufzeigt, wie Geld zu verdienen ist und die Gesetzgebung regelt, was man darf und was nicht. Mit dieser Ressourcensystematik kann sich jeder für seine eigenen Planungen drei einfache Fragen stellen:

- Welche Ressourcen werden zur Erreichung des Zieles genutzt?
- Wie werden diese beansprucht?
- Was passiert mit den Ressourcen danach?

Je nach dem, wie die Antworten auf diese Fragen lauten, kann man mit gutem oder schlechtem Gewissen an die Verwirklichung seiner Pläne gehen, diese verwerfen oder nach Alternativen suchen. Führt man diese Gedanken weiter, lässt sich die Regel formulieren, dass immer die kritischer Ressource durch eine weniger kritische zu substituieren ist. Die kritische Ressource ist die, deren Nutzung bei Betrachtung aller drei Fragen die größten negativen Auswirkungen hat.

Askese, Konsumverzicht, Umkehr predigen? Zwecklos, erreicht die wenigsten.

Gesetze, Vorschriften, Verwendungsverbote durch die Politik? Auch dazu bedarf es einer tragfähigen wissenschaftlichen Grundlage (Ressourcensystematik!), trotzdem führt dies zu ausufernder Bürokratie, wird halbherzig und teilweise konzeptlos versucht.

## Real- und Idealtechnologien

Grundlage dafür ist der Gedanke der Ressourcensystematik, darauf aufbauend die Real- und Idealtechnologien. Die Abkehr von Realtechnologien und die Nutzung von Idealtechnologien ist selbstverständlich kein plötzliches Umschalten, sondern ein approximativer und auch asymptotischer Prozess. Dazu gibt es in der Technikgeschichte Beispiele zuhauf.

Man darf auch Idealprodukte nicht als bloßes Ergebnis von Idealtechnologien sehen oder umgekehrt. Ganz im Gegenteil! Idealprodukte müssen noch lange nicht bedeuten, dass sie auch mit Idealtechnologien hergestellt wurden, siehe Erzeugnisse der Mikroelektronik: Chips aus Silizium, Herstellung verschlingt Ressourcen und produziert Unmengen Abfall. Die Anwendung der Ressourcentheorie als tragfähiges theoretisches Konzept des wirtschaftlichen Umsteuerns ist nicht wirtschaftsfeindlich, sondern ist der Weg in die vierte Phase der industriellen Revolution, der Weg zur Nachhaltigkeit.

Ich denke, eine derartige Umorientierung des Wirtschaftens ist die einzige Alternative zu kriegerischen Auseinandersetzungen um knapper werdende Ressourcen. Es ist die bessere Alternative in jeder denkbaren Hinsicht. Insofern sehe ich durchaus Möglichkeiten, diese Umorientierung auf politischem Wege zu erreichen.

### **Ist dieser Ansatz vereinbar mit der Marktwirtschaft?**

Heute werden von unseren Einkünften ca. 50% vom Staat wieder eingesammelt und umverteilt, niemand ruft, dass dies das Ende der Marktwirtschaft sei! Ein gigantischer Umverteilungsapparat ist in Aktion, ohne dass die Zukunftsprobleme damit tatsächlich lösbar wären! Was hindert also, eine andere Umverteilung zu vollziehen, so dass die Produkte teurer werden, zu deren Produktion nicht reproduzierbare Ressourcen verbraucht werden. Andererseits werden die Produkte billiger, die ohne Ressourcenverschleiß erzeugt werden. Steuern auf Einkommen entfallen, Verbrauchssteuern werden in jeder Produktionsstufe den Produktkosten hinzugerechnet und letztendlich dem Konsumenten präsentiert. Daraus resultiert eine neue Preisstruktur. Der Öko-Bauer mit seinen Stoffkreisläufen würde keine Steuern zahlen, Transporte rund um die Welt würden sich erheblich verteuern. Erdbeeren

im Winter, eingeflogen aus Chile, werden einen anderen Preis bekommen.

### **In welchem Wirtschaftsraum ist dieses Konzept umsetzbar?**

Als "kleinste" Wirtschaftseinheit, in deren Maßstab dieses Konzept anzugehen ist, sehe ich die EU. Es müsste aber auch Grundlage für die WTO werden. Plötzlich bekäme sogar der Handel mit Emissionsrechten einen tieferen Sinn. Es wäre nicht mehr der Freikauf vom Umweltschutz, sondern der Preis für mangelnden Umweltschutz, die Strafe für schlechte Realtechnologien!

### **Ist auch gut, was sich gut rechnet?**

Die Unterschiede der Ressourcen an sich spielen für die Betriebswirtschaft faktisch keine Rolle, alles löst sich auf im Preis. Das wird auch künftig so bleiben. Es ist betriebswirtschaftlich völlig OK, einen Verarbeitungsbetrieb in die Nähe einer Rohstoffquelle zu bauen, kostenlose Prozesshilfsstoffe zu nutzen und das Produkt zu vermarkten. Für den Konsumenten ist es vorteilhaft, das hergestellte Produkt kostengünstig zu kaufen. Wenn es sich nur rechnet. Kapital, Boden und Arbeit produktiv vereint! Das Ganze schön weit weg in einem fernen Land.

### **Ist der Zins an allem Unrecht Schuld?**

Ohne Zinsen kein Geldverleih, ohne Geldverleih keine Wirtschaft. An dieser Wahrheit kommt keiner vorbei. Ich denke, die Lösung des Zinsproblems liegt haarscharf neben den Zinsen, nämlich in der Tilgung! Es müsste geregelt sein, dass jedes Darlehen, jeder Kredit schneller getilgt werden darf, als dies vertraglich vereinbart ist. Wenn man einmal ausrechnet, wie sich damit die Zinslast reduziert, erkennt man die Dimension des Problems. Die Banken erhalten ihr verliehenes Geld schneller zurück und können es wieder verleihen, der Kreditnehmer spart Zinsen, die Tilgung ist eh nur so hoch wie der aufgenommene Kredit. Mehr von Eberhard Kühne bei

<http://www.heise.de/tp/deutsch/special/zen/14005/1.html>



## Der Verkehrsinfarkt droht

Der Zustand der Straßen verschlechtert sich zunehmend. Kilometerlange Staus sind an der Tagesordnung und belasten Wirtschaft und Umwelt gleichermaßen. Insbesondere der **Güterverkehr wird nach den Prognosen der Bundesregierung bis zum Jahr 2015 im Vergleich zu 1997 um rund 70% zunehmen!!!**

Für die gewünschte Verlagerung des (Güter-)Verkehrs auf die Bahnschiene fehlt es seit Jahren an den notwendigen Investitionsmitteln, aber auch an richtungsweisenden politischen Entscheidungen. Das liegt ganz offensichtlich daran, dass eine schwerreiche "**Speditions-Mafia**" lobbyistischen Druck auf die Regierung ausübt, weswegen die Weichen schon in den 60er Jahren zugunsten des Individualverkehrs gestellt wurden. In diesem Zusammenhang wird auch wieder gern von *Arbeitsplätzen* gesprochen, die durch die vielen LKW-Fahrer geschaffen werden, die ihren stupiden Job wie Sklaven bis zur totalen Erschöpfung ausüben und gelegentlich auch in ihren 30 Tonnern bei 100 km/h einschlafen. Die rechte Spur auf Autobahnen gehört schon längst den LKWs, die sich wie ein **1000 km langer Güterzug dicht an dicht dahinschleppen und dabei durch ihr hohes Gewicht die Straßen schnell zerstören, nur dass hier eben - welch Wahnsinn - jeder einzelne Güterwagen einen Lokführer braucht!**

Da der Verkehr also weiter zunimmt, ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, sich vom Druck der Speditionslobby zu lösen und seitens der Politik die Weichen für eine wirklich zukunftsfähige Verkehrsfinanzierung zu stellen.

**>>>Ökotipp Carsharing und Bahn-Gruppenreisen**

## SUV Fuel Efficiency Battle Heats Up

Detroit automakers contest White House proposal.

As the nation continues to face higher energy prices, the auto industry

and the White House are locking horns over higher fuel standards for sport utility vehicles and trucks. What is at stake is potential changes to Detroit's most profitable vehicles, and from the automakers' perspective, those changes could be costly.

In addition to GM, DaimlerChrysler, Ford Motor Co., Honda Motor Co., Toyota Motor Corp. and others have spent billions developing alternative fuel vehicles. More at

<http://www.evworld.com/databases/shownews.cfm?pageid=news200203-01>

## SUV - Unsägliche Vehikel

Von Rezzo Schlauch

Die deutsche Autoindustrie setzt mit Geländewagen nach US-Muster ihren Ruf aufs Spiel. Bald jedes fünfte neu zugelassene Auto in den Vereinigten Staaten ist ein SUV, ein sport utility vehicle. Der klobige Begriff – zu deutsch: „sportliches Nutzfahrzeug“ – steht für die ebenso klobigen Allrad-Geländewagen, deren millionenfache Präsenz in den amerikanischen Vorstädten für die hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen der USA mitverantwortlich ist. „Damit haben wir nichts zu tun“, denkt sich der umweltbewusste Deutsche über diese Domäne amerikanischer Autokonzerne. Doch was sieht man immer mehr auf deutschen Straßen, in den Flotten der deutschen Automobilhersteller und vor kurzem an deren Ständen auf der Automesse in Detroit? „Sportliche Nutzvehikel“: Mercedes M-Klasse, BMW X5/X3, VW Touareg, Porsche Cayenne, Audi Pikes Peak...

Während in den USA landesweit Proteste von Kirchen, Umwelt- und Antikriegsgruppen gegen SUVs einsetzen und junge Käufer sich davon abzuwenden beginnen, denken wir Deutsche offenbar auch um. In die andere Richtung! Unsere Industrie blendet den Gedanken der Umweltverträglichkeit kurzerhand wieder aus. Die Automanager reden sich unter Verweis auf die US-Nachfrage aus ihrer Verantwortung heraus und argumentieren auch noch damit, dass deutsche Geländevehikel weniger verbrauchen als ihre amerikanischen Konkurrenzmodelle,

innerstädtisch 20 statt 25 Liter.

Auch der deutsche Konsument kommt auf den Geschmack. Während im Jahr 2002 der gesamte Autoabsatz zurückging, wuchs das Segment der SUVs deutlich: auf über 100000 Neuzulassungen. Fahren wir also ab sofort mit dem Geländelaster zur Antikriegsdemo, auf der wir dann verlangen, dass die Amerikaner kein Blut für ihr SUV-Öl vergießen? Fordern wir bei der nächsten Flutkatastrophe wieder lautstark, dass die Amis endlich das Kyoto-Protokoll unterschreiben, und schaffen dann mit dem SUV die Möbel in Sicherheit?

Vor drei Jahren haben wir Grüne nach langen Diskussionen eine behutsame Wende im Umgang mit dem Auto vollzogen. Es wuchs die Einsicht, dass grüne Verkehrspolitik nicht gegen die Bedürfnisse von Millionen von Bürgern gemacht werden kann. Individuelle Mobilität ist unter Freiheits- und Gerechtigkeitsaspekten ein hohes Gut. Obwohl grüne Verkehrspolitik weiterhin Schwerpunkte auf die Förderung von Fahrrad, Bus und Bahn legt, kümmert sie sich nun auch um das Auto. Sie setzt sich für die Nachhaltigkeit der Automobilität ein und fördert deshalb Effizienzsteigerungen und das **Autofahren mit Sonne und Wasser**.

Wir streben dabei eine strategische Allianz mit den Entwicklungsabteilungen der Autoindustrie an, denn von dort kommen die neuen technologischen Ansätze: **Wasserstoffantrieb, Pflanzenöl- und Biogasantrieb, Brennstoffzelle, Fotovoltaik oder Leichtbauweise gehören dazu. Die Innovationen kommen oftmals von mittelständischen Unternehmen, die ohne Forschungssubventionen arbeiten**. Doch auch die Autoindustrie hat viele Vorleistungen erbracht. Vor zwei Jahren sprachen manche von einer „Aufbruchsstimmung“ in der Industrie, und im April 2002 setzte der damalige VW-Chef Piëch ein ermutigendes Signal: Er fuhr bei seiner „letzten Dienstfahrt“ im 1-Liter-Auto von Wolfsburg nach Hamburg.

Finden die Dienstfahrten der VW-Konzernherren nun wieder im 20-Liter-Auto statt? Sind der Touareg und der Audi Pikes Peak das Resultat der Aufbruchsstimmung? Die Durchsetzung der SUV-Geländekarren auf dem deutschen Markt wäre eine Kampfansage an zukunftsfähige Automobilität. Niemand kann grüner Energie-, Verkehrs- oder

Wirtschaftspolitik vorwerfen, bei der Verfolgung ihrer Nachhaltigkeitsziele nicht pragmatisch die Hand zur Kooperation mit den Unternehmen auszustrecken. **Doch wo bleiben nun die neuen, mitreißenden 1- bis 3-Liter-Autos, die kleinen, eleganten Flitzer? Warum eifert man nicht dem Erfolg des Smart nach? Stattdessen schleust die Industrie überdimensionierte Blechkisten mitsamt ihren CO2-Wolken in die verwinkelten deutschen Innenstädte. Das ist sicher nicht die Antwort auf die zentrale Herausforderung der nächsten Jahrzehnte, die Umstellung des Individualverkehrs auf Nachhaltigkeit und die schrittweise Ablösung des Erdöls durch erneuerbare Treibstoffe.** Die Konzernherren sehen offenbar auch nicht die Image-Gefahr, die im SUV-Gelände für sie lauert. Wenn selbst im verschwendungssüchtigen Amerika der SUV nun unter öffentlichen Beschuss gerät, dann muss man sich im ökosensiblen Deutschland erst recht vorsehen. Die mühsam erarbeitete und fragile Umwelt-Glaubwürdigkeit könnte blitzschnell wieder verloren gehen. Haben die Autoleute die für sie schmerzhafteste Diskussion um die S-Klasse von Daimler Anfang der neunziger Jahre schon vergessen?

**Dabei gäbe es echte Zukunftsmärkte zu erobern. Industrieländer wie auch die sich automobilisierenden Entwicklungsländer werden auf Öko-Autos setzen müssen. Schon bei der Fußball-WM 2006 könnte die deutsche Autoindustrie der Welt die Autos der Zukunft – Niedrigst- und Null-Emissionsfahrzeuge – als offizielle Transportmittel präsentieren. Millionen künftiger Kunden in aller Welt könnten dann am Bildschirm einen Umwelt-Innovationsvorsprung deutscher Autos miterleben. Im eigenen Interesse sollte die Industrie ihre Innovationen in Richtung Null-Emission treiben, anstatt sie im SUV-Gelände zu vergraben. Schon bald wird der SUV im Gedächtnis der Menschen als fataler Irrweg der Neunziger dastehen. Hersteller und Autokäufer: Stoppt Unsägliche Vehikel!**

[http://www.zeit.de/2003/08/Forum\\_Schlauch](http://www.zeit.de/2003/08/Forum_Schlauch)

**Dioxin: Vorsicht bei Schweinefleisch**

Der Dioxin-Skandal in Thüringen hat weit größere Ausmaße als bekannt. Schätzungsweise **1188 Tonnen mit Dioxin verseuchtes Schweinefutter** wurden verkauft, wie das Agrarministerium Thüringen bestätigt. Die Behörden gingen bisher von 250 Tonnen aus. Mindestens für die nächsten 6 Monate ist Schweinefleisch tabu! Mehr bei <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,235243,00.html>

## Buchtipps

**Wasser - das Öl der Zukunft: Nur ein halbes Prozent der weltweiten Wasserreserven ist als Trinkwasser nutzbar. Die ökonomische und politische Schlacht um die knappe Ressource hat längst begonnen** (von Wolfgang Harrer)

Handelsware oder Menschenrecht? Die zunehmende Wasserknappheit wird kontrovers diskutiert. **"Beim nächsten Weltkrieg geht es um unser Trinkwasser."** Mit diesem Zitat des ehemaligen Vizepräsidenten der Weltbank, Ismail Serageldin, haben in den letzten Monaten Dutzende amerikanische Talkshow-Moderatoren ihre Sendungen eröffnet, um dann über ein Thema zu diskutieren, das immer mehr Amerikanern Sorgen bereitet: der drohende Trinkwassermangel in vielen Regionen der USA. Die amerikanische Wasser-Debatte wird im Wesentlichen von drei Büchern begleitet: ***Blue Gold*** von Maude Barlow und Tony Clarke, ***Every Drop for Sale*** von dem Wirtschaftsjournalisten Jeffrey Rothfeder sowie ***Water Wars*** von Diane Raines Ward. ***Blue Gold*** gilt inzwischen als das Auftaktwerk einer weltweiten Bewegung, die sich gegen den schleichenden Ausverkauf staatlicher Wasservorräte an internationale Konzerne wendet. „Die Menschheit hat die Verfügbarkeit von Wasser viel zu lange als selbstverständlich betrachtet“, schreiben die beiden Kanadier Barlow und Clarke, **„tatsächlich können wir aber nur ein halbes Prozent des gesamten Wassers auf der Erde als Trinkwasser nutzen. Der übrige Süßwasseranteil ist in den Polkappen oder in unerreichbaren Erdschichten eingeschlossen. Unterdessen wächst unser Wasserkonsum aber noch schneller an als die**

## **Weltbevölkerung: Er verdoppelt sich derzeit alle 20 Jahre.“**

Nach Ansicht von Barlow und Clarke haben viele Regierungen der Welt keine andere Antwort auf dieses Problem parat, als das Management von Wasserangebot und -nachfrage den viel gepriesenen Selbstregelungskräften des freien Marktes zu überantworten. „**Wasser ist keine Handelsware, sondern ein Menschenrecht**“, schreiben dagegen die Autoren und bezeichnen das Schlussdokument des *World Water Forum* in Den Haag vom März 2000 als den historischen Wendepunkt, ab dem zahlreiche Regierungsvertreter aus aller Welt Wasser nicht mehr als "Menschenrecht“, sondern nur noch als „ein menschliches Bedürfnis“ klassifizierten. *Blue Gold* ist ein Buch, das als unternehmensfeindlich bezeichnet werden kann. Die Autoren glauben, dass Wasserwerke und Brunnen in jedem Fall öffentliches Eigentum bleiben sollten, da eine **Privatisierung immer eine Verteuerung des Wassers und eine niedrigere Wasserqualität zur Folge** habe. Eine These, die die beiden Autoren mit zahlreichen Beispielen aus Frankreich, Großbritannien, Lateinamerika und den USA untermauern können. Die Tatsache aber, dass viele kommunal betriebene Wasserwerke zuallererst durch behördliche Inkompetenz und Korruption zum Sanierungsfall und dadurch erst zum Privatisierungsobjekt wurden, lassen Barlow und Clarke unbeachtet. Die Stärke von *Blue Gold* liegt weniger in seinen Schlussfolgerungen als in dem Bemühen, alle wichtigen Aspekte des Wasserproblems zu bearbeiten und auch mit einer Vielzahl von Fakten und Zitaten zu illustrieren. Es beleuchtet dabei nicht nur die Rolle von Weltbank und Vereinten Nationen, sondern beschreibt auch die wichtigsten Unternehmen dieser neuen Boombranche, allen voran die beiden französischen Weltmarktführer Suez-Ondeo und Vivendi Environment, das sich gerade aus dem Vivendi-Universal-Konzern herauslöst, sowie die deutsche RWE. Interessant ist auch ihre Beschreibung des Duells zwischen Pepsi und Coca-Cola um die Vorherrschaft im Geschäft mit ihren Wassermarken *Aquafina*, *Bon Aqua* und *Dasani*, bei denen es sich nur um gefiltertes Leitungswasser handele. *Blue Gold* ist ein gutes Lesebuch für den Einstieg in das Thema Trinkwasserverknappung, seine Fakten- und Themenfülle kann aber streckenweise überwältigen. Bedauerlich ist, dass viele Zitate ohne Quellenangabe genannt werden und dass das Buch keine Literaturliste

enthält .Leichter zu lesen ist *Every Drop for Sale* von Jeffrey Rothfeder. Der Wirtschaftsjournalist beschreibt nur exemplarisch einige Krisenherde der Wassernot wie etwa die Pläne Südkaliforniens, schon bald Wasser aus Kanada in großen Plastiksäcken an der Küste entlang nach Los Angeles zu schleppen. Anders als Barlow und Clark setzt Rothfeder große Hoffnungen in die Innovationskraft der Wirtschaft und stellt auch die berechnete Frage, weshalb wasserreiche Länder wie Kanada eigentlich nicht etwas von ihrem Wasser verkaufen sollten. „Nach dieser Logik hätten sich auch die Opec-Staaten weigern können, ihr Erdöl mit dem Rest der Welt zu teilen“, schreibt Rothfeder, der die Gefahren der Wasserkrise ansonsten aber keinesfalls herunterspielt. Den sicherheitspolitischen Auswirkungen von Wasserknappheit widmet sich das Buch *Water Wars* von Diane Raines Ward. Sehr lesenswert ist ihre Beschreibung des ehemaligen türkischen Regierungschefs Demirel, einem Ingenieur der Hydrologie, der die Kontrolle von Euphrat und Tigris als ständiges Druckmittel in den Beziehungen mit Syrien und dem Irak einsetzte.

Maude Barlow/Tony Clarke: ***Blue Gold***, The New Press, New York 2002.  
32,47 Euro

Jeffrey Rothfeder: ***Every Drop for Sale***, Parcher/Putnam, New York 2001. 25,15 Euro

Diane Raines Ward: ***Water Wars***, Riverhead Books, New York 2002.  
25,15 Euro

<http://www.welt.de/data/2003/02/01/38079.html>

## State Officials Criticize Proposal to "Phase-In" Yucca Mountain

Nevada officials are criticizing a proposal to build the Yucca Mountain high-level nuclear waste repository in phases, as proposed by a leading scientific panel. More at

<http://www.state.nv.us/nucwaste>

# Statistik

Die USA haben nur in Vietnam, Laos, und Kambodscha schätzungsweise vier Mal (!) so viele Bomben abgeworfen als alle Länder überall in der Welt im Zweiten Weltkrieg zusammen.

## Werbung und Ressourcenverschleiß

Die Werbung trägt in erheblichem Masse zum Ressourcenverschleiß bei. Werbung ist der Motor der Marktwirtschaft. Jedoch läuft der Käufer seit langem Gefahr, von der Werbung nicht informiert, sondern gedrängt zu werden.

Soll aber Werbung nicht zum unsinnigen Ressourcenverschleiß beitragen, sind mehr die objektiven Maßstäbe an die Produkte zu legen, anstelle der Suggestierung von Kaufzwängen. Dazu ist es notwendig, einige Grundregeln der Werbung neu zu gestalten:

- **Verbot des Ansprechens von Zielgruppen, die über kein eigenes Einkommen verfügen;**
- **vergleichende Werbung gestatten;**
- **Produkte in typischer Anwendung präsentieren (Autos auf vollen Straßen);**
- **Werbeversprechen müssen einklagbar sein;**
- **zu Produkten Nebenwirkungen darstellen (Süßigkeiten und Karies, Waschmittel und Umwelt);**
- **Werbeschriften selbst ressourcenschonend gestalten, z.B. nur mit schwermetallfreien Farben auf Recyclingpapier drucken.**

Faktisch geht es um einen ethischen Kodex für Werbung und Mode: **Wie schnell, wie zwingend und wie umfassend darf auf die Erneuerung der Konsumgüter gedrängt werden?**

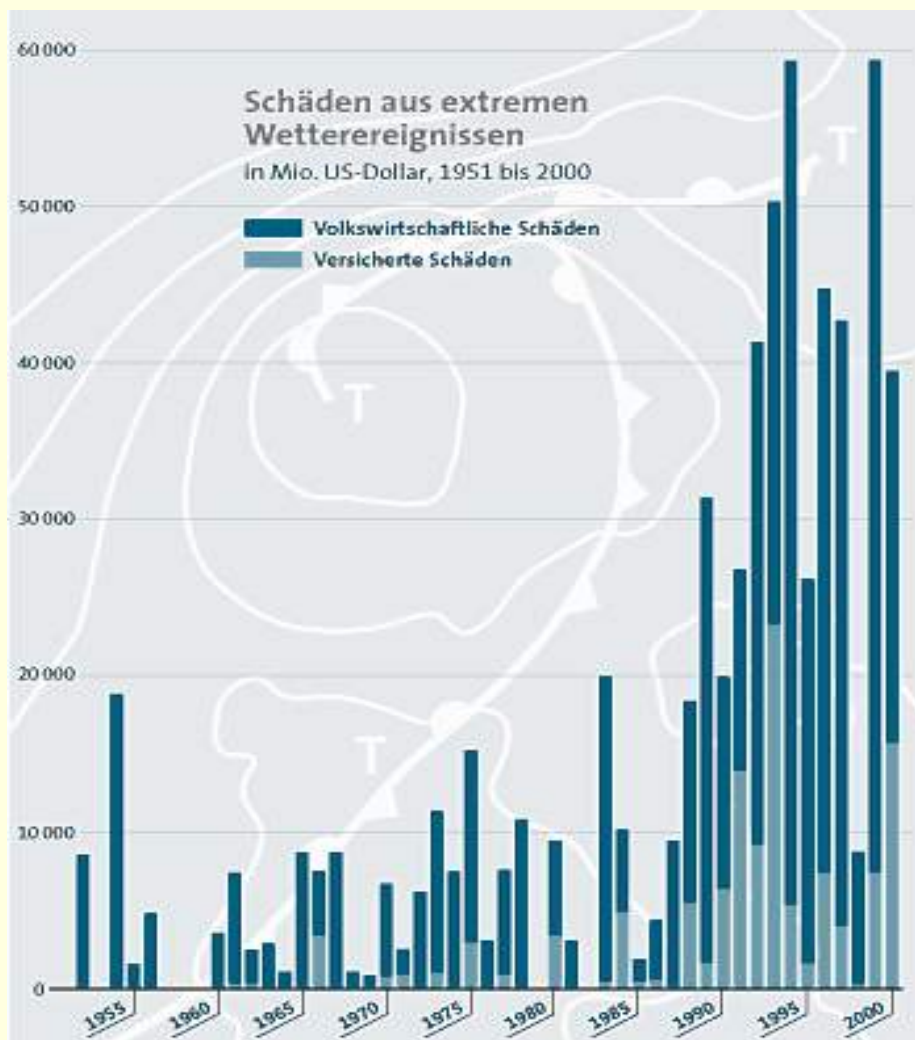
Mehr von Eberhard Kühne bei



## Finanziellen Schutz vor den Folgen des Klimawandels können Versicherungen nicht allein gewährleisten

Die Elbeflut 2002 wird für Deutschland noch lange Zeit ein prägendes Erlebnis bleiben. Allein die wirtschaftlichen Schäden betragen etwa 15 Milliarden Euro. Nur rund ein Fünftel davon war versichert. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre wurden weltweit etwa 10 Milliarden Euro jährlich als Versicherungsleistung für wetterbedingte Schäden ausgeschüttet, die unversicherten Schäden dürften sich pro Jahr auf mehr als 50 Milliarden Euro summiert haben. Mit dem Klimawandel, den wir Menschen durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe in die Wege geleitet haben, werden diese Schäden weiter ansteigen, vermutlich auf etwa das Doppelte. Jahrzehntelang wird man allerdings nicht wissen, mit welcher Wahrscheinlichkeit wann und wo welche Schäden zu erwarten sind; das Klimasystem verlässt ja erst gerade seinen Zustand, auf dem die bisherigen Statistiken beruhen. Gerade deshalb aber sind die zu erwartenden immensen Schäden eine Herausforderung gleichermaßen für die Versicherungsbranche wie für den Staat.

Die Rating-Agentur *Moody's* gab kürzlich bereits einen „**negativen langfristigen Ausblick**“ für die Rückversicherungsbranche insgesamt. Erfreulicherweise reagieren aber große Rückversicherer – wie die *Swiss Re* und besonders die *Münchener Rück* – auf das spezifische Gefahrenpotenzial der globalen Klimaveränderung mit Umsicht und Eigeninitiative: **Rückversicherer gehören zu den kompetentesten Stimmen in der klimapolitischen Debatte und setzen sich energisch für eine wirksame Klimapolitik ein.**



Aus den Daten der vergangenen 100 Jahre und aus vielfältigen Modellrechnungen für die nächsten 100 Jahre wissen wir auch, dass drastische Niederschlagsereignisse häufiger und intensiver werden, wenn die Erdatmosphäre wärmer wird. Denn sie gleicht einem gewaltigen Pumpwerk, das vom Meer stetig Wasserdampf hochpumpt, um dieses Wasser an wenigen Orten in unterschiedlichen Schüben wieder fallen zu lassen. Durch die globale Erwärmung wird dieses Pumpwerk beschleunigt, und die verstärkten Extremniederschläge erzeugen verheerende Überschwemmungen. Zugleich verlagern sich manche Niederschlagsgebiete, sodass in einigen Gebieten – wie 2002 im Südwesten der USA – Dürren häufiger werden. Die Menschheit ist dabei, so viel fossile Brennstoffe zu verbrennen, dass die Atmosphäre in wenigen Generationen mehr Treibhausgase enthalten wird als je zuvor in der Menschheitsgeschichte.

**Die Verursacher können für die durch sie bewirkten Schäden zur Rechenschaft gezogen werden. Eine Gebühr auf den von der EU beschlossenen Handel mit Emissionsrechten könnte den Fonds**

speisen. Denkbar wäre aber auch ein Obolus auf Benzin und Diesel. Um 100 Milliarden Euro pro Jahrzehnt anzusparen, genügte weniger als ein Cent pro Liter. Der Effekt: Europa würde befähigt, das Versicherungsgeschäft unter Einbeziehung der klimatischen Risiken angemessen weiterzuentwickeln und seine Führungsrolle in der weltweiten Klimapolitik zu festigen.

Mehr bei

[http://www.zeit.de/2003/08/Klimasch\\_8aden\\_neuneu](http://www.zeit.de/2003/08/Klimasch_8aden_neuneu)

## Umwelt-Termine

14. März 2003, von 9.00 bis 18.00 Uhr, Berlin, Raum 004, Technische Universität

Wissenschaftlichen Kolloquium: Ökologische Wende - ist Nachhaltigkeit ohne Wirtschaftswachstum möglich? Zukunftsszenarien einer integrierten Ressourcenwirtschaft

Veranstalter: TU Berlin in Zusammenarbeit mit EUROSOLAR e.V. und SAT Systeminstitut Aqua Terra e.V.

27. März 2003, 19.30 Uhr in Bonn, EUROSOLAR-Haus

EUROSOLAR-Benefizkonzert: Sonnenenergie und Entwicklung - Energie als

Eine-Welt-Frage zur Unterstützung des Eurosolar-Projekts " Energie für die Schulen Cubas"

Veranstalter: EUROSOLAR e.V.

8./9. April 2003 in Wuppertal, Stadthalle

EUROSOLAR-Konferenz: Dezentrale Energiespeicherung - Schlüssel zur

wirtschaftlichen Entfaltung Erneuerbarer Energien -

Veranstalter: EUROSOLAR e.V., Energieagentur NRW

28./29. April 2003 in Aachen

1. Aachener Anwenderforum für Bioenergienutzung in Stadt und Region

Veranstalter: Stadtwerke Aachen AG, EUROSOLAR e.V.

8./9. Mai 2003 auf der Solar Energy-Messe in Berlin  
EUROSOLAR-Konferenz: Von EURATOM zu EURENEW  
Impulskonferenz für eine institutionelle Reform der EU-Energiepolitik  
Veranstalter: EUROSOLAR e.V.  
mit Unterstützung der Heinrich-Böll-Stiftung

26.-28. Mai 2003 in Loccum  
Internationale Konferenz: Globale Solarwirtschaft - eine Chance für  
Afrika?  
Veranstalter: Evangelische Akademie Loccum, EUROSOLAR e.V.

22. August 2003 in Bonn  
Jubiläumsveranstaltung „15 Jahre EUROSOLAR“  
Veranstalter: EUROSOLAR e.V.

Weitere Informationen und Anmeldung unter:  
EUROSOLAR e.V.  
Kaiser-Friedrich-Str. 11  
53113 Bonn  
Tel.: 0228 / 36 23 73  
Fax: 0228 / 36 12 13  
e-Mail: [inter\\_office@eurosolar.org](mailto:inter_office@eurosolar.org)  
Internet: [www.eurosolar.org](http://www.eurosolar.org)

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) veranstaltet am Freitag, den 4.  
April 2003,  
in München einen Workshop zur Bekämpfung von Schienenlärm. Die  
Veranstaltung  
findet von 10.30 bis 17.00 Uhr im Gewerkschaftshaus München (Ludwig-  
Koch-Saal,  
Schwanthalerstr. 64) statt. Bei der Veranstaltung werden Vertreter des  
Umweltbundesamtes, des Schweizer Bundesamtes für Umwelt, der  
Deutschen Bahn, des Bayerischen Landesamtes für Umweltschutz sowie  
unabhängige Sachverständige  
referieren.

Weitere Informationen bei  
<http://www.vcd.org> (Thema: Verkehrslärm)

## Doch nur wenig "Teuro"?

Die meisten Beteiligten und die überwiegende Mehrheit der Verbraucher meinten, dass die Umgewöhnung flott, etwa so wie im Urlaub, in vierzehn Tagen oder so, vor sich gehen würde. Das war, und davon hätte man sich bei den Briten mit ihrer Pfund-Dezimalisierung 1971 umhören können, überhaupt nicht der Fall. Mit dem neuen Geld gab es trotz der allseits verkündeten guten Absichten natürlich auch die ersten Umstellungssünder: Teile der **Gastronomie und etliche Dienstleister erhöhten** mit der Euroeinführung auf etwas, manchmal auch auf deutlich höhere glatte Europreise.

Die kollektive Teuro-Psychose befiel nach den Medien (deutsche Bild-Zeitung und österreichische Kronenzeitung kampagnisierten munter drauflos, was zumindest ihrer Auflage gut tat) natürlich auch die Politik, die ja immer ganz nervös auf die Medien hört (**aufmerksamkeitsökonomisch**). Erst das Hochwasser brachte eine Beruhigung an der medialen und politischen Teuro-Front.

Den echten Sündern hilft das Verbraucherverhalten: Gerade in der Gastronomie gibt es eine Art "adverse selection". Wenn das Lieblingslokal die Preise erhöht (was die Gastronomie übrigens regelmäßig tut), wird privat gemault, sich woanders beschwert, dennoch aber weiter hingegangen.

Das heißt, die durchschnittlichen Haushalte dürften euro-bedingt eigentlich nur wenig bis gar nichts in der Geldbörse gespürt haben, jene aber, die **regelmäßig zum Friseur, und öfter zum Italiener gehen - manche DINKS (Doppelverdiener ohne Kinder) kochen kaum mehr selbst -, dazu noch häufig Alkohol und Tabak konsumieren, die spürten das ein Stück deutlicher**. Was dennoch aber am Bierkonsum nichts geändert hat.

Ein Jahr nach dem Euro, dessen Einführung die Verbraucherzentrale-Bundesverband ja insgesamt nicht negativ bilanziert, schmälern nun die erhöhten Sozialbeiträge, erhöhte Tabaksteuer und Schadstoffsteuer

(Ökosteuer) den Inhalt der deutschen Geldbörsen. Mehr bei <http://www.telepolis.de/deutsch/inhalt/co/14194/1.html>

## VCD-Lärm-Aktions-Koffer für den Einsatz im Unterricht

Der Verkehrsclub Deutschland (VCD) bietet Lehrkräften aller Schulformen mit seinem Lärm-Aktions-Koffer Hilfestellungen bei der Behandlung des Themas "Verkehrslärm" an. Der Koffer enthält ein einfach zu bedienendes Schallpegel-Messgerät, wahlweise auch ein computergestütztes Schallpegel-Messgerät sowie die dazugehörige Software zum Auswerten von Messergebnissen. Weitere Bestandteile sind verschiedene Unterrichtsmaterialien und Hintergrundinformationen zum Thema (darunter auch CDs mit Hörbeispielen). Der Aktions-Koffer eignet sich in vielerlei Hinsicht für den fächerübergreifenden und handlungsorientierten Unterricht sowohl an Grundschulen, als auch in der Sekundarstufe I und II. Er verschafft einen neuen Zugang zur Mobilitätserziehung sowie Gesundheits- und Umweltpädagogik. Mit Verkehrslärmmessungen werden physikalische Tatbestände lebenspraktisch und anschaulich erfasst. Das Umfeld der Schule kann erkundet und Einfluss auf die Verkehrspolitik der Kommune genommen werden. Die Ausleihgebühr für den Aktionskoffer beträgt 20 Euro pro Woche (10 Euro für VCD-Mitglieder). Der VCD bietet außerdem kostenlos eine kommentierte Liste "Unterrichtsmaterialien zum Thema Lärm" an. <http://www.vcd.org>

**Nein zu GATS** [wto](#)



Das innerhalb der Welthandelsorganisation (WTO) beschlossene Dienstleistungsabkommen GATS (General Agreement of Trade and Services) wird weitreichende Folgen für uns alle haben. GATS öffnet weite Bereiche der öffentlichen Dienste (z.B. **Bildung, Gesundheit, Kinder- und Altenbetreuung, die Energie- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, Umweltschutzdienste, Transport, Post, Museen, Büchereien, Versicherungen, Tourismus, Presse, Funk und Fernsehen**) weltweit dem uneingeschränkten Wettbewerb und trägt dazu bei, dass die Versorgung mit lebenswichtigen Diensten zunehmend eine Frage des Geldbeutels wird. Es geht um den Handel mit Dienstleistungen und um die Gewährleistung der reibungslosen Erweiterung der Wertschöpfungskette in bislang dem Prinzip der Profitmaximierung nicht unterworfenen Dienstleistungen: Mit GATS sollen multinationalen Unternehmen bindende und unumstößliche Verwertungsrechte auf sämtliche Dienstleistungsbereiche zur öffentlichen Grundversorgung in den WTO-Mitgliedsstaaten garantiert und die Domäne der öffentlichen Dienstleistungen womöglich gar illegalisiert werden.

Das kann bedeuten:

- **Pfusch durch private Labors bei der Durchführung von BSE-Tests**
- **manipulierter Stromnotstand in Kalifornien (\$ 2,200 entstandene Kosten je BürgerIn)**
- **Preisexplosion nach Privatisierung der Wasserversorgung in z.B. Bolivien (massive Proteste mit Toten und Verletzten führten zur Rücknahme der Privatisierung)**

- **Brotpreise steigen um 1150 Prozent (wie 1990 in Peru).**

In Grenoble zum Beispiel, wo die Wasserversorgung vor rund 12 Jahren privatisiert wurde, beklagte man steigende Preise bei sinkender Wasserqualität, bis man vor zwei Jahren die Privatisierung der Wasserwerke wieder rückgängig gemacht hat. Außerdem fürchtet man in Frankreich mit der Privatisierung der Strommärkte Verhältnisse wie in den USA, wo sich die Preise innerhalb weniger Monate teilweise vervielfachten - wenn es überhaupt Strom gab.

**GATS-Beschlüsse sind völkerrechtlich bindend und stehen damit über nationalem Recht. Einmal eingegangene Verpflichtungen sind praktisch nicht mehr rückgängig zu machen!!!**

Trotzdem ist GATS bislang kaum in das öffentliche Bewusstsein gedrungen. Kein Wunder: Sie finden hinter verschlossenen Türen statt, und in den offiziellen Medien finden sie trotz ihrer gesellschaftlichen Relevanz kaum Beachtung.

Der Österreichische Umweldachverband fordert den Stopp von GATS: "Die im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO laufenden GATS-Verhandlungen fänden unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt", beklagt der österreichische Umweldachverband in einer Presseerklärung.

Kopieren Sie sich deshalb den folgenden Text und protestieren Sie mit einer email beim

[Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland:](#)

*Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,*

*GATS widerspricht grundlegenden demokratischen Werten und bedroht die Daseinsvorsorge und den freien Zugang zu Bildungs- und Gesundheitsdiensten weltweit. Bis 31.03.2003 müssen die WTO-Mitglieder ihre Marktöffnungsangebote einreichen. Bis 2005 sollen die GATS-Verhandlungen abgeschlossen sein.*

*Ich fordere Sie auf, folgende Anliegen zu vertreten:*

- **Moratorium der GATS-Verhandlungen**
- **Offenlegung eingegangener Verpflichtungen. Untersuchung**



**der sozialen, ökologischen und entwicklungspolitischen Auswirkungen auf nationaler und internationaler Ebene. Eingegangene Verpflichtungen müssen ggf. rückgängig gemacht werden können.**

- **Grundlegende öffentliche Dienstleistungen dürfen nicht den GATS-Regeln unterstellt werden.**
- **Kein weiterer Liberalisierungsdruck auf Entwicklungsländer im Interesse transnationaler Konzerne. Jede Gesellschaft muss über ihre öffentlichen Dienstleistungen autonom und stets neu entscheiden können.**

*Bitte nehmen Sie Stellung zu diesen Forderungen!*

*Mit freundlichen Grüßen*

[Name und Adresse]

mailen Sie an: [bundeskanzler@bundeskanzler.de](mailto:bundeskanzler@bundeskanzler.de)

**PS: Das Dosenpfand ist hilfreich. Beim Bier ist innerhalb von zwei Monaten, in denen das Dosenpfand von 25 Cents in Kraft ist, der Mehrweganteil von 74% auf 91% gestiegen und bei Limonade von 50% auf 75%! Mehr bei**

**<http://www.sonnenseite.com/fp/archiv/Akt-News/dosenpfand.shtml>**

[home](#)